
Hans-Joachim Giegel

Solidarität: Appelle und Politik



Prof. Dr. Hans-Joachim Giegel, geb. 1940 in Düsseldorf, Studium der Medizin, Philosophie und Soziologie in Freiburg, Berlin und Frankfurt/M., lehrt Allgemeine und Theoretische Soziologie an der Universität Jena.

Die krisenhaften Entwicklungen der letzten Jahrzehnte haben das Konzept der Solidarität wieder in den Vordergrund der politischen und sozialwissenschaftlichen Debatte gerückt. Dies spiegelt die Tatsache wider, dass, wo immer neoliberale Politik sich durchsetzen konnte, wachsende Ungleichheit, Marginalisierung und Exklusion das Resultat waren. Auffällig ist, dass in diesen Debatten häufig die Figur des Solidaritätsappells dominiert.¹ Nur selten finden sich Versuche, das Konzept der Solidarität den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen gemäß neu zu bestimmen. Angesichts einer sich ausweitenden Gerechtigkeitslücke scheinen Solidaritätsappelle notwendig, um diese Lücke wieder zu schließen. Sie sollen einerseits die Basis derjenigen verbreitern, die mehr Solidarität für erforderlich halten, und sollen andererseits Druck auf die politisch Verantwortlichen ausüben, damit diese einen Beitrag zur Solidaritätspolitik leisten. Dabei wird stillschweigend unterstellt, dass geklärt ist, welches die tieferen Ursachen des wahrgenommenen Gerechtigkeitsdefizits sind, nach welchen Kriterien wir Ungerechtigkeit beurteilen, welche gesellschaftlichen Kräfte eine an Solidarität orientierte Politik mittragen könnten, und ob es zureichende und zwischen den wichtigen gesellschaftlichen Gruppen abge-

¹ Vgl. etwa die Erklärung „Solidarität am Standort Deutschland“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 39 (1994), S. 669-684; Erfurter Erklärung vom 9.1.1997. Verantwortung für die soziale Demokratie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 42 (1997), S. 251-254; „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 42 (1997), S. 502-508. Zum inflationären Gebrauch von „Solidarität“ in Parteiprogrammen vgl. U. v. Alemann, Solidarier aller Parteien - verschont uns! Eine Polemik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 47 (1996), S. 756-761.

sprochene strategische Konzepte für ein Solidaritätsprojekt gibt. Tatsächlich sind aber solche Fragen keineswegs zureichend beantwortet. Ein Blick auf die politischen und sozialwissenschaftlichen Debatten macht rasch deutlich, dass die Antworten, die auf diese Fragen gegeben werden, heftig umstritten sind. Angesichts dieser Situation verwundert die Selbstsicherheit, die Solidaritätsappelle hinsichtlich ihrer eigenen Voraussetzungen zum Ausdruck bringen, zumal solche Appelle kaum über den Moment ihres Erscheinens hinauswirken und eher freischwebend den realen gesellschaftlichen Prozess zu begleiten als diesen zu beeinflussen scheinen. Es spricht vieles dafür, vorschnell beendete Debatten wieder zu eröffnen und ganz allgemein wieder ins Bewusstsein zu rufen, wie weit der Weg vom Solidaritätsappell zur Solidaritätspolitik ist.

Das Solidaritätsdefizit moderner Gesellschaften

Solidaritätsappelle beziehen sich auf ein doppeltes Solidaritätsdefizit. Einerseits beschreiben sie nach der Seite der objektiven Lebenschancen die steigende Ungleichheit und Marginalisierung, andererseits weisen sie auf die schwindende Bereitschaft gesellschaftlicher Gruppen zum solidarischen Ausgleich bei Interessenkonflikten hin. Gegenüber ihrer Ausprägung in den sechziger und siebziger Jahren erscheint die Gesellschaft objektiv als gespaltenere und wird subjektiv in einer schlechteren moralischen Verfassung gesehen. Spezifische Ursachen, insbesondere die weltwirtschaftliche Entwicklung, werden dafür verantwortlich gemacht, dass sie in beiden Hinsichten aus dem Gleichgewicht geraten ist. Auch egoistische, nur am eigenen Interesse orientierte, rücksichtslos gegenüber anderen Interessen operierende Strategien einflussreicher Gruppen gelten als wesentlicher ursächlicher Faktor für diesen Verfall.²

Dieses Bild der Entsolidarisierungsprozesse bleibt unvollständig, wenn es nur aktuelle Rahmenbedingungen und Strategien spezifischer Interessengruppen hervorhebt. Es verleitet zu falschen Schlussfolgerungen, wenn es die prinzipiellen Solidaritätsdefizite, die moderne Gesellschaften aufweisen, unberücksichtigt lässt. Die moderne Gesellschaft hat Institutionen mit starken konkreten Bindungen aufgelöst. Integrative Bindungen, wie sie sich aus religiösen Gemeinschaften mit gesamtgesellschaftlichem Verbindlichkeitsanspruch, aus umfassenden Regelungen einer schichtspezifischen Lebenspraxis, aus religiös fundierten Weltdeutungen, aus der Einbettung ökonomischer Tätigkeit in ein Netz tradierter Rechte und Pflichten oder aus durch Abstammungsbeziehungen und Loyalitätsverpflichtungen geregelten politischen Institutionen herleiten, sind verloren gegangen und nicht durch vergleichbare Ordnungsmechanismen ersetzt worden. An ihre Stelle sind die für die modernen politischen, rechtlichen, ökonomischen, wissenschaftlichen und viele andere Institutionen charakteristischen abstrakten Regulierungen getreten. Diese sichern die Distanz zwischen den einzelnen Akteuren, befördern Freiheitsspielräume und rufen damit jene Beweglichkeit der einzelnen Einheiten gegeneinander hervor, die der Dynamik der modernen Gesellschaft zugrunde liegt. Man muss hier

2 Vgl. „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ (1997), S. 504.

ganz generell mit Mobilität, exzentrischen Bewegungen und dem Ausbruch aus dem Raum gemeinschaftlicher Verpflichtungen rechnen.³

Nicht nur auf dem Markt, sondern im Kontext der meisten gesellschaftlichen Institutionen stehen die Akteure unter ständigem Zwang, innovativ neue Optionen herbeizuführen. Alle Versuche, Netze konkreter Verpflichtungen aufzubauen, können diesen grundlegenden Tatbestand moderner Gesellschaften nicht aus der Welt schaffen. Auch wenn sie selber auf institutionelle Einbindung nicht verzichten können, haben diese dynamischen, zu Innovationen führenden Operationen unausweichlich zum Resultat, dass tradierte Verpflichtungen außer Kraft gesetzt, gewachsene Bindungen unterlaufen und Formen des sozialen Zusammenhalts zerstört werden. Man muss nur die neuesten Entwicklungen auf dem Gebiet der Gentechnologie betrachten, um einen Begriff von der sprengenden Kraft zu erhalten, mit der die sich ständig erneuernde Dynamik modernen Gesellschaften auf die tradierten sittlichen Regulierungen sozialer Beziehungen zurückwirkt.

Augenscheinlich gibt es Perioden, in denen diese Kraft sich mit besonderer Stärke und Rücksichtslosigkeit entfaltet und damit die durch ihr Wirken eingetretenen Verluste an sozialer Bindung besonders fühlbar werden. In einer solchen Situation entsteht leicht das Missverständnis, als würde es sich hier um ein Abweichen vom Normalverlauf moderner Gesellschaften, um ein Ausbrechen aus den sie bestimmenden Regulierungsmechanismen handeln. Vor allem ist es falsch, die besondere Ausprägung einer solchen Epoche allein dem ungebremsen Eigeninteresse einer spezifischen Interessengruppe zurechnen zu wollen. Das gilt auch im Hinblick auf das in den letzten zwei Jahrzehnten dominant gewordene Modell ökonomischer Regulierung, durch das bestehende Solidaritätsformen in einem erheblichem Ausmaß zerstört wurden. Man darf nicht übersehen, dass der Neoliberalismus zu seiner eigenen Rechtfertigung einen spezifischen Gerechtigkeitsdiskurs in Gang gebracht hat.⁴ Gerade auch im Hinblick auf diese Gerechtigkeitsvorstellung hat er Anerkennung gefunden und das nicht nur bei denen, die von dieser Regulierungsform begünstigt werden.⁵ Aus seiner Sicht handelt es sich bei den von ihm zerstörten Bindungen um dysfunktionale Regulierungen, die dem Modernisierungsprozess im Wege stehen. Der Versuch von Seiten der Kritiker, dieses ökonomische Regulierungsmodell allein dem Egoismus einer bestimmten Gesellschaftsschicht zuzuschreiben, verkennt das Bemühen, es als ein durch die Kultur der Moderne getragenes Projekt, als eine konsequente Einlösung ihrer grundlegenden Strukturprinzipien darzustellen. Eine Kritik des Neoliberalismus greift zu kurz, wenn sie die Auseinandersetzung nicht auf dieser Ebene sucht. Dies verlangt vor allen Dingen, dass der Kritiker die zur Differenzierung führende Dynamik der Moderne ernst nimmt, der er, bei aller Forderung nach Solidarität, sich selber nicht entziehen kann.

Bei einer so angelegten Auseinandersetzung wird deutlich, dass es nicht allein um diese oder jene historische Sonderentwicklung geht, nicht um das Ausbrechen dieser oder jener Akteursgruppe aus dem gesellschaftlichen Konsens, sondern um die strukturellen Grundlagen der modernen Gesellschaft selber. Das heißt aber auch, dass es

3 A. Nassehi, Inklusion, Exklusion, Integration, Desintegration, in: W. Heitmeyer (Hrsg.), Was hält die Gesellschaft zusammen? Die Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Frankfurt/M. 1997, S. 113 – 148.

4 Dazu R. Nozick, Anarchy, State, and Utopia, Oxford 1974; F. A. Hayek, Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Landsberg am Lech 1981.

5 Das zeigt die empirische Gerechtigkeitsforschung, vgl. etwa J. R. Kluegel/D. Mason/B. Wegener, Social Justice and Political Change, New York/Berlin 1995.

nicht darum gehen kann, Regulationen einer vergangenen Epoche wieder herzustellen, sondern um den schwierigen Versuch, im Kontext der fortschreitenden Modernisierung mit ihren neuen Erscheinungen von Differenzierung und Desintegration neue Formen der Regulierung zu entwickeln, die die desintegrativen Prozesse auszubalancieren vermögen. Die Kritik des Neoliberalismus kann sich nur als ein solches alternatives Projekt der Gestaltung des Modernisierungsprozesses entfalten.

Solidaritätspotentiale in modernen Gesellschaften

Solidaritätsappelle fordern eine neue Solidarität. Unklar ist, wer dabei eigentlich angesprochen ist: alle Menschen guten Willens, die moralischen Autoritäten der Gesellschaft, die politische Opposition? Die Beschwörung einer solidarischen Gesellschaft ist zunächst einmal nicht mehr, als was in allen Parteiprogrammen ohnehin schon steht. Verständlich, dass angesichts solcher diffusen Sollensäußerungen sich manche Beobachter fragen, ob es nicht besser wäre, auf sie zu verzichten.⁶

Um über derartige diffuse Forderungen hinauszukommen, wäre zu klären, worauf sich der mit den Solidaritätsappellen verknüpfte Optimismus gründet, nachdem zunächst eine weitgehende gesellschaftliche Entsolidarisierung diagnostiziert wurde. Vor allem wäre nachzuweisen, welche Kräfte durch Solidaritätsappelle erreichbar sind, welche gesellschaftlichen Gruppen eine Bereitschaft für welche Art von Solidarität entwickeln könnten. Hilflös erscheinen Solidaritätsappelle vor allem dann, wenn die beobachtbare Entsolidarisierung mit der Vorstellung eines eindimensional verlaufenden gesellschaftlichen Trends verbunden wird. Ob ein solcher Trend als fortschreitende und unumkehrbare Erosion moralischer Potentiale durch die Dominanz systemischer Prozesse begriffen wird oder als Resultat der Ablösung interaktionsnah organisierter Hilfe durch die Mechanismen des Wohlfahrtsstaats oder als Herausbildung eines spezifischen Zufriedenheitsegoismus infolge einer die älteren Risiken beseitigenden Reichtumssteigerung oder als Auflösung von mit Solidaritätsverpflichtungen operierenden Milieugemeinschaften oder als Verschwinden von sozialem Kapital, es ist nicht zu sehen, wie angesichts solcher Entwicklungen Solidaritätsappelle greifen könnten.⁷

Eine bessere Basis für Solidaritätsappelle ist gegeben, wenn zur Beschreibung der Moderne anstelle eines generellen Niedergangsszenarios die Figur eines Formwechsels der Solidarität herangezogen wird.⁸ In dieser Perspektive halten sich der Verlust alter und das Entstehen neuer Formen der Solidarität die Waage. Stützen lässt sich eine solche Vorstellung nicht nur auf empirische Erhebungen, die im Bereich des freiwilligen Engagements, der allgemeinen Spendenbereitschaft oder des Engagements im Kontext neuer sozialer Bewegungen gemacht wurden, sondern auch auf Analysen, die die fort-

6 v. Alemann, *Solidarier*

7 Zu solchen Trendanalysen vgl. Z. Bauman, *Work, consumerism and the new poor*, Buckingham/Philadelphia 1998; R. Putnam, *Tuning In, Tuning Out: The strange disappearance of social capital in America*, in: *PS: Political Science and Politics* 28 (1995), S. 464-483.

8 R. G. Heinze, *Soziales Engagement zwischen Erosion und neuen Potentialen*. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 47 (1996), S. 774-779.

laufende Generierung entgegengesetzter Tendenzen als spezifische Prozessform moderner Gesellschaften begreifen.⁹

Zu denken ist auch an die zyklischen Bewegungsformen, in denen sich die Zuwendung zu den gemeinwohlbezogenen Aufgaben in modernen Gesellschaften vollzieht. Weitete man den historischen Blick aus, werden Phasen der Entwicklung der Moderne erkennbar, in denen es abwechselnd zu einem Aufschwung oder einem Rückgang der gesellschaftlichen Solidarität kommt.¹⁰

Solidaritätsappelle sollten realistisch nicht nur im Hinblick auf den erfahrenen Verlust, sondern auch auf ein mögliches Anwachsen von Solidaritätspotentialen sein. Man muss die widersprüchlichen gesellschaftlichen Tendenzen beobachten und die sich herausbildenden Entwicklungstrends erkennen, um die Chance der Solidarität zu begreifen. Man muss nach Anzeichen für einen Richtungswechsel in der politischen Kultur Ausschau halten, an den man unter Umständen anknüpfen kann. Insbesondere könnte auch durch genauere Analyse der internen Spannungen, die moderne Gesellschaften durchziehen, geklärt werden, auf welche Akteure man sich im Hinblick auf eine Solidaritätspolitik stützen kann. Es ist ein Unterschied, ob man in einen völlig unbestimmten gesellschaftlichen Raum Solidaritätsappelle hineinruft oder ob man konkreter ausleuchtet, in welcher Weise sich hier Kräfte entwickeln können, die einer Solidaritätspolitik entgegenkommen. Appelle an andere, Solidarität zu zeigen, gewinnen an Überzeugungskraft, wenn sie die Akteure benennen können, die bereit wären, eine solche Politik zu unterstützen.

Kriterien der Gerechtigkeit

Solidaritätsappelle verstehen sich selber als eine notwendige Schlussfolgerung aus der von ihnen beschriebenen Zunahme gesellschaftlicher Ungleichheit. Wer die geschilderte Realität richtig auffasst, erkennt, so das Argument, die Notwendigkeit der Solidarität. Auffällig ist, dass die normativen und spezifischer die Gerechtigkeitskriterien, die hier hineinspielen, nicht offen gelegt und diskutiert werden. Sie scheinen selbstevident zu sein. Dieser Unterstellung widerspricht aber nun offensichtlich nicht nur die Beobachtung, dass die Gesellschaft sich „ungerecht“ und „unsolidarisch“ verhält, sondern auch, dass offensichtlich in Teilen der Gesellschaft Gerechtigkeitsvorstellungen vorherrschen, die mit der neueren Entwicklung kaum konfliktieren. Wie unklar die Gerechtigkeitskriterien tatsächlich sind, zeigt sich beispielsweise, wenn die einen glauben, dass von größerer Ungleichheit per se auf Ungerechtigkeit zu schließen ist, während andere die Zunahme von Ungleichheit durchaus mit Gerechtigkeit für vereinbar halten.

Dabei beruht die normative Unsicherheit nicht nur darauf, dass es sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber gibt, nach welchem Begründungsverfahren - etwa dem Utilitarismus, deontologischen Ansätzen oder einer aristotelischen Güterethik - angemessene normative Regelungen gefunden werden sollten. Wichtiger ist, dass in der

9 J. Habermas, *Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt/M. 1981; H.-J. Giegel, *Die Polarisierung der gesellschaftlichen Kultur und die Risikokommunikation*, in: H.-J. Giegel (Hrsg.), *Konflikt in modernen Gesellschaften*. Frankfurt/M. 1998, S.152.

10 A. O. Hirschman, *Abwanderung und Widerspruch*, Tübingen 1974; L. C. Dodd, *Political learning and political change*, in: Dodd, L. C./Jillson, C. (eds.), *The Dynamics of American Politics*, Boulder 1994, S. 331-364.

Regel in die Begründung normativer Urteile kognitives Wissen eingeht, das nicht zureichend abgesichert werden kann. Wenn man wissen will, wie eine historische Option zu bewerten ist, müssen andere Optionen mit ihren faktischen Konsequenzen bekannt sein. Zum Beispiel müsste man genau wissen, welche Konsequenzen eine größere Gleichverteilung von Einkommen hat, bevor diese als gerechter ausgewiesen werden kann. Folgt man etwa dem Differenzprinzip von Rawls, sind unterschiedliche institutionelle Regelungen daraufhin zu vergleichen, wie sie sich auf das Schicksal der am schlechtesten Gestellten auswirken. Darüber hinaus muss man ein Wissen darüber haben, inwieweit eine praktisch eingeleitete Veränderung mit einiger Sicherheit zu dem angezielten gesellschaftlichen Zustand führt. Nur wenn solches Wissen zur Verfügung steht, lässt sich eine bestimmte institutionelle Regelung oder eine bestimmte gesellschaftliche Veränderungspraxis normativ auszeichnen.¹¹ Das heißt aber, dass in dem Maß, wie im Hinblick auf solche kognitiven Urteile Unsicherheit besteht, sich diese Unsicherheit auch auf Gerechtigkeitsurteile übertragen muss.

Auch der Ruf nach Solidarität muss sich seiner kognitiven und normativen Grundlagen vergewissern. Auf der Basis grundlegender Strukturentscheidungen der modernen Gesellschaft ist grundsätzlich ein bestimmtes Maß an Ungleichheit anerkannt. Bei einer Auseinandersetzung um Gerechtigkeit muss darüber gestritten werden, welches Ausmaß an Ungleichheit legitim ist.¹² Genau dies verlangt aber von denen, die mehr Gleichheit fordern, mehr an Begründung als den bloßen Verweis auf gestiegene Ungleichheit. Anders als manche Unterzeichner von Solidaritätsappellen glauben, ist die Tatsache, dass man Solidarität fordert, für sich genommen noch keine gerechtigkeitsorientierte Einstellung. Während manche Tatbestände wie langdauernde Arbeitslosigkeit oder weitgehender Ausschluss von medizinischer Versorgung eine so massive Einschränkung von Lebensmöglichkeiten darstellen, dass hier über das Faktum eklatanter Ungerechtigkeit (relativ) leicht Einigkeit erzielt werden kann, steigen die Begründungsanforderungen, wenn es um komplexere Fragen geht, wie etwa um das Problem, ob und wie bei dem ständig steigenden Angebot an medizinischen Leistungen der gleiche Zugang zu allen diesen Leistungen zu sichern ist, oder um die Frage, ob mit der Auszahlung von Sozialhilfeleistungen eine Arbeitsverpflichtung verknüpft werden soll.

Die strategische Konzeption einer Solidaritätspolitik

Dass die Schwachen in der Gesellschaft stärker unterstützt werden, wie es Solidaritätsappelle verlangen, ist ein Zielpunkt, kein Projekt zur Realisierung dieses Ziels. Eine solidarische Gesinnung ist allenfalls ein Anstoß. Politisch wird dieser Anstoß erst, wenn er sich mit einem politischen Projekt verbindet. Gerechtigkeitspolitik beginnt erst dort, wo man die Verantwortung für eine Politikoption übernimmt, d.h. auch bereit ist, sich den Konsequenzen des eigenen Handelns zu stellen. Der Zielpunkt ist leicht formuliert, dagegen steht schon die konzeptuelle Erarbeitung eines Realisierungsprojekts, erst recht aber dessen Durchsetzung, vor extrem großen Schwierigkeiten. Jeder Schritt eines sol-

11 W. Hinsch, Rawls' Differenzprinzip und seine sozialpolitischen Implikationen, in: S. Blasche/D. Döring (Hrsg.), Sozialpolitik und Gerechtigkeit, Frankfurt/New York 1998, S. 17-74.

12 J. Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/M. 1975; Hinsch, Rawls

chen Projekts ist umstritten und im Hinblick auf die aus ihm resultierenden Konsequenzen nur schwer einzuschätzen.

Eine verantwortbare Politikoption kommt in der Regel nur in einem langen Diskussions- und Arbeitsprozess zustande. Erforderlich sind über eine längere Phase hinweg aufrechterhaltene, kooperativ organisierte Anstrengungen, in denen Problemlösungskonzepte erarbeitet und die Auffassungen unterschiedlicher Gruppen einander angenähert werden.¹³ Wenn eine Regierung trotz einer gerechtigkeitsorientierten Programmatik nur wenig für die Gerechtigkeit tut, dann liegt das häufig weniger an einer zu schwachen Zielorientierung als daran, dass sie über keine überzeugenden Konzepte verfügt, wie Gerechtigkeit realisiert werden kann.

Eine wichtige Entscheidung, die bei einem Solidaritätsprojekt zu fällen ist, bezieht sich darauf, die Rollen zu bestimmen, die solidarisch orientierte Akteure in dem Projekt spielen sollen. Häufig ist es der Fall, dass Solidaritätsappelle von Mitgliedern der relativ wohlhabenden Mittelschicht unterstützt werden. Diese Akteure können ihre Rolle darin sehen, andere, vor allem reichere Schichten mit Solidaritätsverpflichtungen zu konfrontieren. Ganz anders ist die Rollendefinition, wenn diese Schicht sich selber Solidaritätsverpflichtungen auferlegt, wie dies etwa durch Spendenaufrufe oder einen gesetzlichen Zwang zur Zahlung von „Solidaritätsbeiträgen“ geschieht.

Schließlich kann eine Selbstverpflichtung auch in der Form zustande kommen, dass eine reziproke Solidaritätsbeziehung zu den schwächeren Mitgliedern der Gesellschaft aufgebaut wird, wie dies etwa bei den gesetzlichen Krankenkassen der Fall ist. In diesem letzteren Fall, sind die Mittelschichten nicht nur Initiator eines Solidaritätsprojekts und nicht nur „Spender“, sondern in ein Netz reziproker Verpflichtungen und Rechte einbezogen. Viel hängt davon ab, welchen Pfad man wählt. Der Versuch, allein eine besonders wohlhabende Schicht zur Finanzierung eines solidarischen Projekts heranzuziehen, würde das Konfliktniveau der Gesellschaft erheblich steigern, ohne dass sicher wäre, dass der angezielte Effekt tatsächlich eintreten würde. Wenn die Mittelschicht nur in der Rolle des Gebers in das Projekt einbezogen wäre, würde sich daraus wahrscheinlich am ehesten eine restriktive und demütigende „Armenpolitik“ entwickeln.¹⁴ Nur die dritte Variante könnte zu einer verstärkten Ausweitung von Solidaritätsbereitschaft führen. Es handelt sich hier um Programme mit einem umfassenden Einzugsbereich, sodass nicht nur die Armen, sondern auch wohlhabendere Schichten in diese Programme einbezogen sind. Wer Mitglied einer Krankenkasse ist, wird zunächst daran denken, dass er selber durch dieses System abgesichert wird. Solange dies in angemessener Weise der Fall ist, können Solidaritätsbeiträge gewissermaßen mitlaufen, ohne dass dies eigens thematisiert werden müsste.¹⁵ Diese stillschweigend mitlaufende Zahlung von Solidaritätsbeiträgen wird allerdings gefährdet, wenn die Leistungen, die die Mittelschicht aus diesem System zieht, zu teuer werden und damit z. B. das Überwechseln in andere Formen der Versicherung attraktiv wird.

13 P. A. Sabatier, Advocacy-Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen: Eine Alternative zur Phasenheuristik. In: A. Héritier (Hrsg.): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung, PVS-Sonderheft 24, Opladen 1993, S. 116-148.

14 Bauman, work, S. 49/57; S. Blasche, Gerechtigkeit, Mindestsicherung und Eigenverantwortung, in: S. Blasche/D. Döring (Hrsg.): Sozialpolitik und Gerechtigkeit. Frankfurt/New York 1998, S. 117-171, hier: S. 137f.

15 C. Offe, Akzeptanz und Legitimität strategischer Optionen in der Sozialpolitik, in: Sachße, C./Engelhardt, H. T. (Hrsg.), Sicherheit und Freiheit, Frankfurt/M. 1990, S. 179-202

Eine andere für den Erfolg des Solidaritätsprojekts wichtige Frage ist die, ob es gelingt, die Steigerung von Solidarität und die Steigerung von Produktivität so aufeinander zu beziehen, dass sich hier ein Prozess wechselseitiger Beförderung entfaltet. Günstig sind die Chancen für das Gelingen eines Solidaritätsprojekts vor allem dann, wenn die Ergebnisse der Solidaraktion zu einer Produktivitätssteigerung führt, aus der die Solidaraktion - zumindest teilweise - finanziert werden kann. Unter diesem Gesichtspunkt wäre es erforderlich, Verhandlungssysteme zu schaffen, die es ermöglichen, dass Akteursgruppen mit gegensätzlichen Interessen gemeinsam Kooperationsgrundlagen entwickeln.¹⁶

Schon diese strategischen Entscheidungen verlangen eine hoch entwickelte konzeptionelle Arbeit. Hinzukommt, dass eine solche Arbeit politisch ohnmächtig bleibt, wenn sie nicht früh in entsprechende Politiknetzwerke eingeführt und von diesen unterstützt wird. Nur durch den Aufbau vielfältig vernetzter Policy-Koalitionen kann ein solches Projekt eine gesellschaftliche Durchschlagskraft erlangen.¹⁷ Nur solche Netzwerke können die politische Kultur so beeinflussen, dass sie bei den Bürgern Einsichten und Motive erzeugt, durch die das Projekt gestützt wird.

Solidaritätsappelle führen als Einzeitpunktaktionen leicht zu einer Unterschätzung der langfristig zu leistenden, von vielen Stellen aus voranzutreibenden Arbeit, die die Bedingung für die Entwicklung eines Solidaritätsprojekts ist. Sie fordern zur Solidarität auf, sagen aber nicht, dass es eines langfristigen intensiven Arbeitsprozesses bedarf, um auf einer realistischen Grundlage solidarisch sein zu können.

Zusammenfassend lässt sich aus diesen Überlegungen die Schlussfolgerung ziehen, dass man hinsichtlich des Aufbaus solidarischer Beziehungen mit einer richtigen Gesinnung allein kaum über den ersten Schritt hinauskommt. Solange Solidaritätsappelle sich nur auf die Förderung der richtigen Gesinnung konzentrieren, ist ihre Distanz zu einer realistischen Solidaritätspolitik fast unüberbrückbar groß. Viel eher würden sie eine solche Politik unterstützen, wenn sie die konzeptionellen und strategischen Schwierigkeiten offen legen, Alternativen der Politikstrategie diskutieren und Arbeitszusammenhänge zur Erarbeitung von Grundlagen, die zur Entwicklung eines Konzepts von Solidaritätspolitik erforderlich sind, ermuntern würden. Die starken Motive, die die neoliberale Variante des Modernisierungsprozesses zu mobilisieren vermag, werden sich nur abschwächen, wenn ein Projekt der Moderne, das Gestaltungskraft mit Solidarität verbindet, Faszination weckt.

16 J. Cohen/J. Rogers, Can egalitarianism survive internationalization?, in: W. Streeck (Hrsg.), Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie: Herausforderungen für die Demokratietheorie, Frankfurt/New York 1998, S. 175-193

17 H.-J. Giegel, Moral und funktionale Differenzierung, in: Soziale Systeme 3 (1997), S. 327-350. Zur Struktur und Dynamik einer „advocacy coalition“, vgl. Sabatier, Advocacy-Koalitionen